



Warum sich deutsche Universitäten und Unternehmen von den Konfuzius-Instituten lösen müssen

Ein Positionspapier der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)



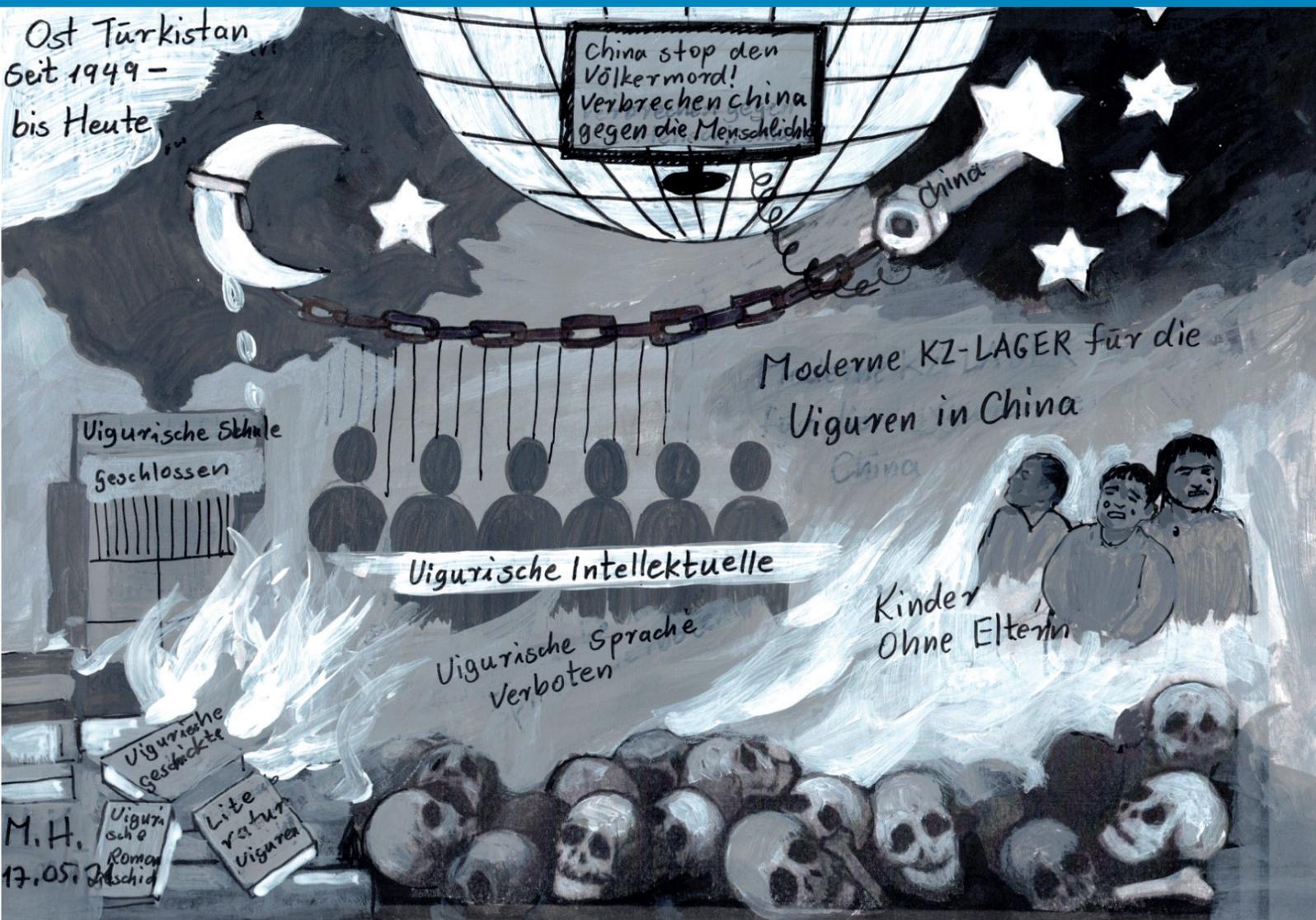


Illustration: Uigurische Künstlerin Marwayit Hopiz

Die „Asien- und China-Kompetenz wollen wir deutlich ausbauen“.

(aus dem Koalitionsvertrag 2021, S.19)

Warum sich deutsche Universitäten und Unternehmen von den Konfuzius-Instituten loslösen müssen

Ein Positionspapier der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)

In Konfuzius-Instituten wird unseren Erkenntnissen zufolge jede Diskussion über Menschenrechtsverletzungen in China unterdrückt. Stattdessen transportieren sie neben der chinesischen Sprache die Ideologie der Kommunistischen Partei Chinas (KPC) in Kultur und Literatur.

Diese Bereiche werden für das deutsche Publikum zwar wohlklingend verpackt, denn „durch die Themen Technologie, Innovation, Nachhaltigkeit und Management die Industrien in Deutschland und China in partnerschaftlicher Weise“¹ zu fördern, klingt unverfänglich. Eine Bezuschussung dieser Institute in Deutschland widerspricht den Prinzipien des Humanismus und der Ethik, denen sich die Menschen in demokratischen Gesellschaften verpflichtet fühlen.

China mobilisiert gewaltige wirtschaftliche und technologische Ressourcen, kombiniert mit Soft Power, um sein Vorhaben zu verwirklichen: Wissenschaftliche Eliten in westlichen Staaten sollen sich den autoritären Normen Chinas unterwerfen. Zugleich werden überall auf dem Globus demokratische Institutionen unterwandert. Diesem Treiben sollten sich die demokratischen Institutionen deutscher Städte und Gemeinden entgegenstellen, anstatt es finanziell zu fördern.

Konfuzius-Institute gelten als verlängerte Arme des Propaganda-Apparates der totalitären chinesischen Staatsführung. Universelle Menschenrechte, demokratische Entscheidungsfindung und Rechtsstaatlichkeit haben in ihr einen großen Feind.² Auch Minderheitenrechte, Presse- und Meinungsfreiheit werden mit Füßen getreten. Aus keinem der Institute, die sich angeblich der Förderung von Wissenschaft, Kultur und Sprache verschrieben haben, hört man Kritik an den willkürlichen Verhaftungen von Forschenden und Kulturschaffenden wie dem Sacharow-Preisträger und Brückenbauer zwischen den Kulturen Ilham Tohti, Perhat Tursun oder Ababekri Ablet, um nur einige zu nennen. Die friedlichen Slogans auf den Internetseiten der Konfuzius-Institute, die nach dem großen chinesischen Philosophen Konfuzius benannt wurden, sind tendenziös und irreführend: „[...] Kernpunkte seiner Lehre sind die Achtung vor anderen Menschen und eine gerechte Moralvorstellung, die in Harmonie mit dem Weltganzen lebt.“³ Dieses Zitat steht im krassen Widerspruch zur Realität in Xinjiang / Ostturkestan, Tibet, der Inneren Mongolei oder in Hongkong.

Die Menschenrechtslage in Xinjiang / Ostturkestan hat sich seit 2017 dramatisch zugespitzt. Ein gigantisches System aus Internierungslagern und Totalüberwachung zielt auf die Zerstörung des kulturellen Erbes der dort ansässigen uigurischen Volksgruppe und anderer turkstämmiger Gemeinschaften ab. Um die uigurische Kultur, Sprache und Religion auszulöschen, wurden bisher mindestens 880.000 uigurische Kinder von ihren Familien getrennt und in Waisenhäusern untergebracht. Dort werden die Kinder indoktriniert. Oft sind ihre Eltern bereits in Lagerhaft oder müssen Zwangsarbeit verrichten. Das unabhängige Volkstribunal (*Uyghur Tribunal in London*) kommt zu dem Urteil, dass die chinesische Regierung Verbrechen gegen die Menschlichkeit und einen Völkermord an den Uigurinnen und Uiguren und anderen Turkvölkern begeht. Darüber hinaus haben neun nationale Parlamente (darunter Belgien, Großbritannien, Tschechien und Frankreich) die

¹ <https://audi-konfuzius-institut-ingolstadt.de/institut/ueber-uns.html>, abgerufen am 04.04.2022.

² Vgl. Hamilton, Clive/Ohlberg, Mareike: *Die lautlose Eroberung. Wie China westliche Demokratien unterwandert und die Welt neu ordnet*, Deutsche Verlags-Anstalt: München 2020(5), Seite 332-337.

³ <https://audi-konfuzius-institut-ingolstadt.de/institut/ueber-uns.html>, abgerufen am 04.04.2022.

Verbrechen der chinesischen Regierung an den Uiguren und Uigurinnen und anderen Turkvölkern als Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Genozid eingestuft. Berichte von Dr. Adrian Zenz und dem *Australian Strategic Institute* haben gezeigt, dass an uigurischen Frauen Zwangsabtreibung und Zwangssterilisierung vorgenommen werden.

Die Verlautbarung des Konfuzius-Instituts Nürnberg-Erlangen, dass „[g]esellschaftskritische Themen im Rahmen von Kultur und Sprachveranstaltungen behandelt“ würden, „das Sprach- und Kulturinstitut jedoch keine politische Plattform“⁴ sei, kommt einer White- und Brainwashing-Strategie gleich, die ein totalitäres Regime und seine Praktiken in Schutz nimmt und unsere Grundeinstellungen, Werte und Realitätswahrnehmungen in Frage stellt.

Es besteht inzwischen Konsens, dass Kritik an der Politik des chinesischen Regimes wirtschaftlichen Interessen zuwiderlaufen kann. Aber Demokratien müssen diesen Druck aushalten, wo immer das möglich ist. Wir sind skeptisch gegenüber den Beteuerungen einiger Politiker und Politikerinnen, die fortgesetzte Kooperation mit chinesischen Propaganda-Institutionen für einen Dialog über Menschenrechte nutzen zu wollen. Denn all diese Versuche sind in der Vergangenheit gescheitert. Das Beispiel der Ukraine hat uns gezeigt, dass eine vergleichbare Appeasement-Politik und Leisetreterei gegenüber Putin zu einem grausamen Krieg mit ungezählten Menschenrechtsverletzungen geführt hat.

Warum sind die Konfuzius-Institute nicht tragbar?

Die Konfuzius-Institute seien unterschiedlich transparent und griffen in unterschiedlichem Maße in die Aktivitäten ihrer kooperierenden deutschen Universitäten ein⁵, so Hamilton/Ohlberg. Aber renommierte Universitäten, die Konfuzius-Institute aufnahmen, müssten sich der Tatsache stellen, dass sie dem Format damit Legitimität verleihen. Einem Format, das eingesetzt wurde und wieder eingesetzt werden wird, um kleinere Akteure unter Druck zu setzen.⁶ In zahlreichen Ländern sind Eingriffe der Konfuzius-Institute in die Freiheit von Forschung und Lehre, die Meinungsfreiheit und andere persönliche Freiheitsrechte dokumentiert. Themen wie die Verbrechen an den Uiguren und Uigurinnen, an Falun-Dafa-Praktizierenden, aber auch die „drei Ts“ – Taiwan, Tibet und Tiananmen –, sind in den Konfuzius-Instituten tabu.

Von Diktaturen finanzierte Bildungseinrichtungen an deutschen Universitäten sind nicht akzeptabel. So müssen sich Konfuzius-Institute an den Vorgaben der KPC orientieren. Sie sind daher mit freier Wissenschaft nicht kompatibel. **Es ist grotesk, dass sich viele deutsche Professoren und Professorinnen auf die Wissenschafts- und Forschungsfreiheit beziehen, wenn sie Kritik an der Kooperation mit den Instituten als illegitim zurückweisen.**

Dass wirtschaftliche Akteure wie Audi, Siemens oder andere Unternehmen in und mit China gute Geschäfte machen und sich in einem Konfuzius-Institut einbringen, ist aus wirtschaftlichem Kalkül verständlich – es handelt sich um eine Art Schmiergeld. Für die Exil-Uiguren und -Uigurinnen in Deutschland und der Welt, und natürlich für uns als politische Menschenrechtsorganisation gelten jedoch andere Maßstäbe.

Wir sind fest davon überzeugt, dass eine rein von wirtschaftlichen Interessen getragene Politik gegenüber autoritären Herrschern wie Xi Jinping und Wladimir Putin unermessliches Elend nicht lindert, sondern zementiert. Wir dürfen nicht erlauben, dass wirtschaftliche Interessen die

⁴ https://www.konfuzius-institut.de/fileadmin/user_upload/pdf/2021/20211102_Positionspapier_Kurzversion_final.pdf, abgerufen am 04.04.2022.

⁵ Vgl. Hamilton/Ohlberg, S. 336.

⁶ Vgl. ebd.

Menschenrechte verdrängen. **Was man in Deutschland über China lernt, darf nicht den Konfuzius-Instituten – und damit letztendlich der chinesischen Regierung unter Xi Jinping – überlassen werden. Die deutsche Bundesregierung hat sich selbst im Koalitionsvertrag verpflichtet, die „Asien- und China-Kompetenz [...] deutlich ausbauen“, [zu] wollen.** Die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geplanten 24 Millionen Euro (für die Zeit von 2017 bis 2024) müssen vor allem für die Stärkung einer auf **universellen** Werten aufbauenden⁷ und **unabhängigen** China-Kompetenz in der deutschen Wissenschaft allumfänglich zur Verfügung gestellt werden. (Hervorhebung durch die GfbV)

Schluss mit Doppel-Standards deutscher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

Gerne berufen sich einige deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf die Allgemeine Bemerkung Nr. 25 (2020) des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen, nämlich: „den Schutz der Forschenden vor ungebührlichem Einfluss auf ihr unabhängiges Urteil; die Möglichkeit für die Forschenden, unabhängige Forschungseinrichtungen zu schaffen und Zweck und Ziel der Forschung und die zum Einsatz kommenden Methoden zu bestimmen; die Freiheit der Forschenden, den ethischen Wert bestimmter Projekte frei und offen in Frage zu stellen, und das Recht, sich aus Gewissensgründen aus solchen Projekten zurückzuziehen; die Freiheit der Forschenden, sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene mit anderen Forschenden zusammenzuarbeiten, sowie die Weitergabe wissenschaftlicher Daten und Analysen an Politikverantwortliche und, soweit möglich, an die Öffentlichkeit“⁸.

Hier bleibt jedoch unerwähnt, was in diesem Dokument außerdem steht: dass nämlich „die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung nicht absolut [ist]“⁹. Sie unterliegt Einschränkungen, wenn es um die Achtung der Menschenrechte und Prinzipien wie Gleichberechtigung, Partizipation und Transparenz geht. Um nicht über die Ziele dieses Statements hinaus zu argumentieren, genügt es, auf die unmittelbaren Verpflichtungen der Vertragsstaaten des „Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ hinzuweisen. Danach sind sämtliche Formen der Diskriminierung von Einzelnen oder Gruppen bei der Ausübung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu unterlassen.

Die undemokratische Politik des chinesischen Staates beinhaltet eine autoritäre Behandlung insbesondere von Volksgruppen wie Uiguren und Uigurinnen, Tibetern und Tibeterinnen oder Falun-Dafa-Praktizierenden, die systematisch diskriminiert werden. Die uigurische Elite wird in Lager oder Gefängnisse eingesperrt oder verschwindet spurlos. Die Partnerschaft mit einem autoritären Staat, der alle oder einige seiner Bürgerinnen und Bürger unterdrückt, führt dazu, dass diese Gruppen, „ihr Recht auf Teilhabe am wissenschaftlichen Fortschritt und seiner Anwendung sowie an den daraus entstandenen Errungenschaften“ nicht ausüben können.

Diejenigen deutschen Sinologen und Sinologinnen und andere Forschende, die in den Vorständen der Konfuzius-Institute sitzen und diese unterstützen, müssten bei ihren chinesischen Partnern und Partnerinnen dafür Sorge tragen, dass die ethischen Standards auch für schutzbedürftige Volksgruppen gewährleistet werden und kulturelle Vielfalt und Pluralismus in der Arbeit der Konfuzius-

⁷ Vgl. <https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/pressemitteilungen/de/karliczek-wir-brauchen-mehr-un-china-expertise-in-deutschland.html>, abgerufen am 04.04.2022.

⁸

<https://docstore.ohchr.org/SelfServices/FilesHandler.ashx?enc=4slQ6QSmIBEDzFEovLCuW1a0Szab0oXTdlmnsJZZVQdxONLLJiul8wRmVtR5Kxx73i0Uz0k13FeZiqChAWHKFuBqp%2B4RaxfUzqSAfyZYAR%2Fq7sqC7AHRa48PPR RALHB>, S.2, abgerufen am 08.04.2022.

⁹ ebd.

Institute gebührend berücksichtigt werden. Die gleichen ethischen Standards, die sie propagieren, müssen sie als eine *conditio sine qua non* auch an ihre Partnerschaft stellen.

Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Konfuzius-Institute verschließen die Augen vor Verbrechen des chinesischen Staates, die das Uiguren-Tribunal als Völkermord an der uigurischen Bevölkerung eingestuft hat. Es ist unverständlich, dass sich einige deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einerseits auf die freie Kooperation mit ihren Partnerinnen und Partnern berufen, aber andererseits nicht dafür interessieren, dass China die Bürger- und Menschenrechte mit Füßen tritt. Die Vorteile der internationalen Zusammenarbeit können nicht von allen Bürgerinnen und Bürgern Chinas ausgeschöpft werden. Das verstärkt Ungleichheiten. Der Einsatz von Zwangsinternierung, Unterdrückung kulturellen Wissens, religiöser Diskriminierung, Zwangssterilisierung von Frauen und all die anderen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die bestens dokumentiert sind, bedeuten nicht nur schwere Menschenrechtsverletzungen, sondern auch die Verwendung der Wissenschaft als Instrument kultureller Unterdrückung. Sie verweigert schutzbedürftigen Bevölkerungsgruppen den gebührenden Respekt, das Recht auf Selbstbestimmung und Gleichberechtigung. Die Kooperation mit einem Konfuzius-Institut bedeutet die Zusammenarbeit mit der Regierung, die für diese Praktiken verantwortlich ist.

Mangelnde Solidarität und keine ethischen Normen

Deutsche Universitäten und die akademischen Partnerinnen und Partner der Konfuzius-Institute in Deutschland, die für sich ein Recht auf Wissenschafts- und Forschungsfreiheit beanspruchen, müssen wissen, dass die Institute von einem Staat gefördert werden, der seinen Bürgern und Bürgerinnen die Teilhabe am wissenschaftlichen Fortschritt, seiner Anwendung und den daraus entstehenden Errungenschaften verweigert. Die Verweigerung akademischer und wissenschaftlicher Freiheiten, einschließlich der Meinungsfreiheit, trifft gerade ihre Partner und Partnerinnen in China und Hongkong. Forschende wie Ilham Tohti werden bis heute als Hochkriminelle in Gefängnissen gehalten und daran gehindert, ihre wissenschaftliche Arbeit zugunsten der Gemeinschaft durchzuführen. Der Verweis auf die Freiheit der Forschung entbindet deutsche Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen nicht von der Verantwortung, sich für unterdrückte und benachteiligte Kollegen und Kolleginnen in Xinjiang / Ostturkestan, Tibet oder Hongkong einzusetzen. Wissenschaftliche Forschung ohne ethische Normen verliert ihre Integrität.

Genauso wie deutsche Gemeinden für die Grundwerte ihrer Bürgerschaft einstehen und sich für die Einhaltung der Menschen- und Bürgerrechte auf dem ganzen Globus einsetzen sollten, muss auch eine Universität gegenüber ihren Studierenden Inhalte im Geiste der Verständigung, der Toleranz und der Achtung der Menschenwürde und Menschenrechte vermitteln. Wirtschaftsunternehmen tragen neben ihrer unternehmerischen auch eine moralische und ethische Verantwortung.

Die Bundesrepublik Deutschland propagiert durch ihr Mitwirken in einschlägigen internationalen Organisationen den Schutz und die Verwirklichung des Rechts auf Teilhabe und Nutzung des wissenschaftlichen Fortschritts und seiner Anwendung. Um das tatsächlich zu erreichen, muss sie dafür sorgen, dass die Konfuzius-Institute von den deutschen Universitäten entkoppelt werden. Im Sinne der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der Bonner Erklärung und als Vertragsstaat des Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte hat Deutschland auch die Verantwortung, die Forschungsaktivitäten deutscher multinationaler Unternehmen zu überwachen, die sich an Partnerschaften beteiligen. **Die Tätigkeit der Konfuzius-Institute müsste in Deutschland einer Überprüfung unterzogen und unter dem Motto „Mehr unabhängige China-Expertise in Deutschland“ neu geregelt werden – im Interesse der universellen Menschenrechte und Freiheiten weltweit.** Die unabhängige und freie Lehre sollte in Deutschland nicht von autokratischen Staaten finanziert werden.

Relevante Links

Wissenschafts- und Forschungsfreiheit

- Rechtliche Verankerung

Deutsches Grundgesetz Artikel 5 (3) – Meinungs- & Informationsfreiheit: „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.“
https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_5.html

- Grundrechtecharta der EU Artikel 13 – Titel II zu Freiheiten: „Kunst und Forschung sind frei. Die akademische Freiheit wird geachtet.“ <https://fra.europa.eu/de/eu-charter/article/13-freiheit-der-kunst-und-der-wissenschaft>

- Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Artikel 27, Freiheit des Kulturlebens

- Bonner Erklärung zur Forschungsfreiheit

https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/downloads/files/drp-efr-bonner-erklaerung_de.pdf?_blob=publicationFile&v=1

Internationales Recht: IPwskR (1966/1976) – 171 Staaten ratifiziert

- **Wissenschaftsfreiheit als Menschenrecht**

<https://docstore.ohchr.org/SelfServices/FilesHandler.ashx?enc=4slQ6QSmIBEDzFEovLCuW1a0Szab0oXTdlmnsJZZVQdxONLLLJiul8wRmVtR5Kxx73i0Uz0k13FeZiqChAWHKFuBqp%2B4RaxfUzqSAfyZYAR%2Fq7sqC7AHRa48PPRRALHB>

(Interpretation durch das zuständige Vertragsorgan (Vereinte Nationen))

Vertragsorgan Kommentar Nr. 25 (2020), Absatz 13.

UN-Sozialpakt

(IPwskR) Art. 15.3

„Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die zu wissenschaftlicher Forschung und schöpferischer Tätigkeit unerlässliche Freiheit zu achten.“

https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/PDF/DB_Menschenrechtsschutz/ICESCR/ICESCR_Pakt.pdf

- Mehr Fortschritt wagen

Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit

Koalitionsvertrag 2021 – 2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD),

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und den Freien Demokraten (FDP)

<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1990812/04221173eef9a6720059cc353d759a2b/2021-12-10-koav2021-data.pdf?download=1>

„Asien- und China-Kompetenz wollen wir deutlich ausbauen.“

Karliczek: Wir brauchen mehr unabhängige China-Expertise in Deutschland, Pressemitteilung: 141/2021 vom 09.06.2021

<https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/pressemitteilungen/de/karliczek-wir-brauchen-mehr-un-china-expertise-in-deutschland.html>

Clive Hamilton/Mareike Ohlberg: *Wie China westliche Demokratien unterwandert und die Welt neu ordnet*, Deutsche Verlags-Anstalt: München 2020 (5).

China: Völkermord stoppen! Eine Dokumentation auf Grundlage von Zeugenaussagen und Gesprächen mit Angehörigen der Opfer aus Ostturkestan/Xinjiang, Dezember 2021.

https://www.gfbv.de/fileadmin/redaktion/Publikationen_Dokumente/2021/DokuUiguren122021.pdf

Für die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)

Roman Kühn, *Direktor*

Jasna Causevic, *Referat Genozid-Prävention und Schutzverantwortung*

Titelbild: Eine Mahnwache der GfbV und der mitunterstützenden Organisationen auf dem Theaterplatz in Ingolstadt am 29.7.2021 anlässlich der Entscheidung über die Vertragsverlängerung des Audi Konfuzius-Instituts. Foto: Hanno Schedler, GfbV-Archiv

unterstützt von:



- **Weltkongress der Uiguren/World Uyghur Congress,**
Dolkun Isa, Präsident Weltkongress der Uiguren/World Uyghur Congress
E-Mail: dolkun@gmail.com



- **Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Deutsche Sektion e.V.,**
Hubert Körper, Vorstandsmitglied
E-Mail: H.Koerper@gmx.de



- **Die Ilham Tohti Initiative e.V.,**
Enver Can, Präsident
E-Mail: enver.can@web.de



- **Hongkonger in Deutschland e.V.,**
Aniessa Andresen, Vorsitzende
E-Mail: aniessa.andresen@hongkonger-in-deutschland.org



- **Die Ostturkistanische Union (Uigurische Gemeinde) in Europa e.V.,**
Asgar Can, Vorsitzender
E-Mail: canasgar@yahoo.de



- **Falun-Dafa-Informationszentrum**
Waltraud Ng
E-Mail: ngwaltraud@aol.com



- **Aktionsbündnis "Ingolstadt für die Wahrung der Menschenrechte der Uiguren"**
Franz Seitz
E-Mail: Franz Seitz ingolstadt_fuer_die_uiguren@posteo.de

Für Menschenrechte. Weltweit.



Gesellschaft für
bedrohte Völker

Postfach 2024, D-37010 Göttingen

Tel.: +49 551 49906-0

Fax: +49 551 58028

E-Mail: info@gfbv.de

www.gfbv.de

Spendenkonto

bei der Bank für Sozialwirtschaft:

(IBAN) DE07 2512 0510 0000 506070

(BIC) BFSWDE33HAN